

Die Internationalisierungsdebatte

Überlegungen zum aktuellen hochschulpolitischen Diskurs

Caroline Y. Robertson-Wensauer

1. Einleitung

Seit geraumer Zeit steht das Thema „Internationalisierung“ erneut auf der bildungspolitischen Tagesordnung. Und dies allerorts. Mit den Stichworten „Globalisierung“ und „Wettbewerbsdruck“ sind die wesentlichsten Rahmenbedingungen genannt, die verstärkte Internationalisierungsbemühungen ausgelöst haben, an inner- und an außeruniversitären Stellen. Die erneute Diskussion, die zugleich die immer gerne beteuerte Selbstverständlichkeit der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft ein wenig zurechtrückt, hat eine Dynamik in Gang gesetzt, wie sie in den Zeiten der noch überfüllten Hörsäle kaum denkbar gewesen wäre. Gekoppelt mit dem stetig zunehmenden internationalen wie auch nationalen Druck auf den angespannten Bildungsmarkt sehen sich die Universitäten gezwungen, neue Aktivitäten zu entwickeln, um diesem standzuhalten. Die Optionen reichen von der Einführung neuer Studiengänge und Studienabschlüsse, über die Verbesserung von erweiterten Dienstleistungen und Betreuungssystemen bis zur Aufpolierung und Modernisierung bestehender „Bildungsprodukte“- und ihrer Professionalisierung durch gezielte Marketingkonzepte, einem marktorientierten Ansatz, der insbesondere an den deutschen Universitäten bisher geradezu stiefmütterlich behandelt worden ist. Erst nachdem die deutsche Wirtschaft verlorene Marktanteile im Ausland zu beklagen hatte und dieser Wettbewerbsnachteil in der Standortdiskussion in einen engen Zusammenhang mit der im internationalen Vergleich abnehmenden Attraktivität der deutschen Universitäten gestellt wurde, haben viele Universitäten angefangen, aktive Anwerbestrategien zu entwickeln. Die Tatsache, daß vielerorts sogar bei den weltweit angesehenen ingenieurwissenschaftlichen Fächern nicht nur die absolute Studienanfängerzahlen, sondern auch der Ausländeranteil zurückgegangen ist - 1986 studierten von den damals rund 7% ausländischen Studierenden etwa 27% Ingenieurwissenschaft, 1992 nur noch 24% - hat den erneuten Anstoß zur Reflexion gegeben (vgl. KEHM 1998).

Der „Aufholbedarf“ ist groß. Während in anderen Ländern konsequent um ausländische Studierende geworben wird, mit allen für diese Länder positiven Auswirkungen im Hinblick auf ihren bereits etablierten „Marktvorsprung“, wurden ausländische Studierende in Deutschland oft teils als willkommene Gäste und teils eher als geduldete Fremde angesehen. Das hierdurch gegebene Potential für eine „echte“ Internationalisierung der deutschen Hochschullandschaft ist dabei weitestgehend übersehen worden. In dem vorliegenden Beitrag möchte ich die Internationalisierungsdebatte auf-

greifen und ein wenig hinterfragen. Hierbei kann die Skizzierung von Abgrenzungslinien und Profilierungsstrategien in verschiedenen Richtungen vorgenommen werden: sowohl im internationalen Kontext als auch gegenüber anderen Institutionen innerhalb des nationalen Bildungssystems. Aus Sicht der Universitäten scheint insbesondere die differenzierte Betrachtung und Darstellung der eigenen Bildungsdienstleistungen im Vergleich mit den in der Regel flexibler agierenden Fachhochschulen von besonderer Bedeutung. Mit der Gesamtstrategie der weiteren Ausdifferenzierung und gleichzeitigen Anpassung der Studienabschlüsse an die vornehmlich anglosächsischen Strukturen der Masters- und Bachelor-Abschlüsse ist auch davon auszugehen, daß die Ansprüche der Universitäten, sich auf nationaler Ebene gegenüber den Fachhochschulen abzugrenzen, weiter zunehmen werden. Schon ohne Einbeziehung der Internationalisierungsthematik zeichnet sich ein sich zuspitzender Konkurrenzdruck zwischen diesen Einrichtungen ab. Bereits 1990 wurden zwei Drittel der Ingenieure an Fachhochschulen ausgebildet und mehr als 50% der Informatiker beendeten ihr Studium mit einem Fachhochschulabschluß. 1991 stellte der Wissenschaftsrat fest, daß bei einer Betrachtung der Stellenangebote von Wirtschaft und Industrie 52% der Unternehmen in ihrer Personalpolitik zwischen Universitäts- und Fachhochschulabschluß nicht unterscheiden (FRACKMANN & de WEERT, 1993, S.75f.). Wie ein Überblick über neue Studiengänge in Baden-Württemberg verdeutlicht (WÖRNER 1999), reagieren insbesondere die Fachhochschulen auch im Hinblick auf die Anpassung von Studieninhalten an den Prozeß der Globalisierung schneller als viele Universitäten.

Eine kurze Betrachtung des argumentativen Hintergrundes und der zentralen Stoßrichtung bei der Einrichtung von Studiengängen, die sich vorwiegend an Ausländer richten, ist auch für das Verhältnis der Universitäten zu „ihren Ausländern“ aufschlußreich. In ihre Betrachtung des deutschen Hochschulbereichs unterscheidet KEHM (1998) in Anlehnung an BARON (1993) vier historische Phasen zwischen 1950 und den neunziger Jahren. In der ersten Phase, bis etwa 1975 läßt sich nach BARON primär das Leitmotiv der Stärkung und Restaurierung des internationalen Rufs Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ausmachen. Wie auch die Kulturpolitik, wurde der Wissenschaftsaustausch und damit auch die Studierendenmobilität als außenpolitische Aufgabe angesehen. Strukturell hatte dies zur Folge, daß die entsprechenden Wissenschaftsorganisationen dem Auswärtigen Amt zugeordnet wurden.

Ausländische Studierende als Absolventen des deutschen Hochschulsystems wurden damals nicht nur als spätere „Repräsentanten“ deutscher Universitäten und deutscher Bildung betrachtet, sondern auch als spätere Kooperationspartner mit der deutschen Wirtschaft (mit deutschen Firmen) in ihren Ländern. Vor allem aber galten sie als „counterparts“ bei deutschen Entwicklungshilfeprojekten im Rahmen der späteren sogenannten „Entwicklungszusammenarbeit“, da sie mit deutscher Technik und deutschen Organisationsmethoden, freilich auch mit deutschen Gepflogenheiten und Problemlösungsmustern besser als andere in ihren Ländern vertraut waren.

In der darauf folgenden Phase, die für den Zeitraum Mitte der 80er bis hinein in die 90er Jahre identifiziert wird, spielte die Intensivierung des Auslandsstudiums deutscher Studierender eine größere Rolle. Erst mit der Einrichtung des Erasmus-Programms 1987 wurde allerdings die gezielte Institutionalisierung der Studierendenmobilität auf europäischer Ebene eingeleitet. Im Anschluß an den Vertrag von Maastricht 1992 erhielt sodann die europäische Dimension durch die erweiterten Möglichkeiten des Sokrates-Programms, die auch die Förderung der Dozentenmobilität vorsieht, zunehmendes Gewicht.

Anders als in den 70er und 80er Jahren wird die aktuelle hochschulpolitische Diskussion heute weniger von den entwicklungspolitischen Zielsetzungen des Ausländerstudiums geprägt. Die europäischen Mobilitätsprogramme, die als ein wichtiges Instrument des innereuropäischen Austausches zu bewerten sind, stehen derzeit ebensowenig im Zentrum des Interesses. Vielmehr geht es um die Frage, wie Hochschulstrukturen zukünftig zu gestalten sind, um in einem „globalen Bildungswettbewerb“ Wissenschaft und Bildung zu einem relevanten „Standortfaktor“ in Deutschland werden zu lassen (LANGE & TAUCH 1998). Zwar gab es immer schon die implizite entwicklungspolitische Intention, ausländische Studierende als *kulturelle* Multiplikatoren auswärtiger Interessen der Bundesrepublik in den jeweiligen Zielländern zu nutzen. Hiermit sind allerdings nicht nur kurzfristige nationale Interessen, sondern auch universale Ansprüche der Demokratisierung, die Einhaltung der Menschenrechte sowie die kulturelle Sensibilisierung für Prozesse der nachhaltigen Entwicklung mit enthalten. Bei der gegenwärtigen Diskussion bleiben diese allgemeine Zielsetzungen sicherlich erhalten. Aber diese nach wie vor bedeutsame kultur- und bildungspolitische Außenorientierung ist nunmehr um eine wichtige innengerichtete Dimension erweitert worden, nämlich den Druck zur Erhaltung und Anpassung eines international wettbewerbsfähigen Bildungssystems der Bundesrepublik. Internationalisierung und Ausländerstudium sind Teil der *strategischen* Hochschulplanung geworden, wie es LANGE & TAUCH (1998), beide Mitarbeiter der Hochschulrektorenkonferenz, formulieren¹.

¹ Nach LANGE & TAUCH sind es im wesentlichen drei Merkmale, die die „Hochschule der Zukunft bestimmen: Individualität durch Profilbildung (Spezialisierung der Wissenschaft und damit Einschränkung des Angebots in den einzelnen Hochschulen), Trans- und Interdisziplinarität (Interdisziplinarität durch fundierte Disziplinarität). Internationalität in allen ihren Bezugfeldern (Internationale Vernetzung). Diese Auffassung steht im Einklang mit der am IAK vertretenen Bemühungen im Bereich der fachübergreifenden Lehre.

2. Hochschulen als Standortfaktor

Die Bedeutung der Hochschulen als Standortfaktor wird in der Literatur auf zweifache Weise behandelt. Einerseits wird darunter das Innovationspotential der universitären Forschung verstanden, das den Hochschulen in der Entwicklung von neuen marktfähigen Produkten oder Dienstleistungen zukommen soll, um so der deutschen Wirtschaft einen Marktvorteil innerhalb der internationalen Konkurrenzsituation zu verschaffen. In diesem Zusammenhang wird von Seiten der Unternehmer zumeist eine stärkere Praxis- und Anwendungsorientierung und ein beschleunigter Technologietransfer von den Hochschulen in die Industrie eingeklagt (STAUDT & KRIEGESMANN 1997). Bei dieser Argumentationsweise werden die Hochschulen angesichts der derzeitig beklagten Innovationsprobleme am Standort Deutschland zunehmend als „Schuldner für Innovationsbeiträge“ angesehen. Bei dem ersten „Berliner Bildungsdialog“ 1998 spielte diese Stoßrichtung auch im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung und der inneren Erneuerung der Hochschulen eine wichtige Rolle.² Der andere Aspekt, der hier angesprochen wird, betrifft die Standortvorteile bzw. -nachteile der deutschen Universitäten gegenüber ausländischen Hochschulen im Wettbewerb um bestimmte Gruppen von Studierenden. Die deutschen Hochschulen sollen für ausländische Studierende, vor allem für Studierende aus Schwellenländern und einigen Entwicklungsländern, wo die Absatzmärkte der Zukunft vermutet werden, wieder attraktiver gemacht werden. Von diesen Studierenden wird erwartet, daß sie nach ihrem Studium in ihren Heimatländern Wirtschaftskontakte zu deutschen Unternehmen aufrechterhalten und herstellen werden, nachdem sie durch ihr Studium bereits mit den Verhältnissen in Deutschland vertraut gemacht worden sind. Dieser Ansatz spielte, wie bereits festgestellt wurde, schon bei der entwicklungspolitischen Akzentuierung der Bildungspolitik eine Rolle. Insofern kann hier lediglich von einer verstärkten Gewichtung dieses Aspekts, aber keinesfalls von einer *grundlegenden* Richtungsänderung gesprochen werden. Als direkte Konkurrenten in der Ausbildung ausländischer Studierender werden in erster Linie die Hochschulen der anglophonen Länder angesehen, die durch ihren Sprachvorteil allerdings eine weit günstigeren Ausgangsposition haben.

Mit der deutlichen Akzentverschiebung bei den Zielgruppen und Anwerbestrategien ändert sich – zumindest vom Ansatz her – das Verhältnis der Universität zu ihren ausländischen Studierenden dennoch grundlegend. Dies liegt weniger an den zugrundeliegenden Motiven als an der Verschiebung von Prioritäten. Auf der Basis einer bereits stattgefundenen Professionalisierung der akademischen Auslandsämter (BARON 1993; KEHM 1998) bemühen sich die Universitäten neuerdings um ausländische „Kunden“, die es aktiv und mit professionellen Mitteln anzuwerben gilt. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis, in der die gezielte Einrichtung von Bildungsangeboten für Ausländer häufig auf das engagierte Handeln von motivierten Einzelpersonen – ggf. auch von Instituten und Fakultä-

² HRK-Pressemitteilung vom 26.10.1998.

ten – zurückzuführen war und oft aus idealisierten sozialen oder christlichen Leitbildern resultierte, ist die Internationalisierung der Universitäten heute zu einem als zentral erklärten Anliegen mit sowohl betriebs- als auch volkswirtschaftlichem Hintergrund avanciert. Der Anteil ausländischer Studierender wird inzwischen als Indiz für den Grad der Internationalisierung und damit der „Fortschrittlichkeit“ einer Universität verstanden.³ Nach außen wird hierdurch ein wichtiges Qualitätsmerkmal demonstriert. Gekoppelt mit der allgemeinen Aufwertung der Bedeutung der Lehre an den Universitäten und dem verschärften internationalen Wettbewerb spielen Fragestellungen der Qualitätssicherung und Evaluierung bei den Studiengängen ohnehin eine wichtige Rolle für das Prestige der Universitäten im öffentlichen Bewußtsein – auch für die jungen Menschen, die eine zeitgemäße Ausbildung mit klaren Berufsperspektiven erwarten. Die Konkurrenz der Universitäten zu den Fachhochschulen, denen im allgemeinen eine stärkere Praxisorientierung zugemessen wird, hat diese Tendenz sicherlich erhöht. Aber auch die immer lauter zu vernehmende Kritik der Wirtschaft spielt hier eine Rolle. Für die Dynamik des weiteren Internationalisierungsprozesses ist es von besonderer Bedeutung, daß Prestige und Status einer Universität vor allem im internationalen Vergleich, aber zunehmend auch auf der nationalen Ebene, nicht zuletzt von der Anzahl der ausländischen Studierenden abhängt, die dort studieren.

3. Internationale Zusammenarbeit in Forschung und Lehre

In dem vorliegenden Band „Campus Internationale“ wird vorwiegend auf die Situation der ausländischen Studierenden und die Entwicklung von Studiengängen mit hohem Ausländeranteil an der Universität Karlsruhe (TH) eingegangen. Die an einer technischen Hochschule besonders hervorzuhebenden internationalen Kooperationen in Forschung und Technologie, die auf allen Ebenen der Fridericiana in Form konkreter Partnerschaftsverträge und zeitlich begrenzter Projektvorhaben aufspürbar sind, können hier lediglich kurz angedeutet werden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß nicht auch über diese Zusammenhänge verstärkt nachgedacht werden muß. Im Bereich der Naturwissenschaften ist zudem eine „national“ ausgerichtete Grundlagenforschung ohne internationale Netzwerke, weder unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit noch aus dem Blickwinkel der Einhaltung internationaler Standards im heutigen Zeitalter der Wissensgesellschaft, in der die Halbwertszeit für spezialisiertes Wissen sich immer rascher verkürzt, überhaupt nicht vorstellbar. Die Rahmenbedingungen unter denen investitionsintensive und längerfristig angelegte Grundlagenforschung stattfindet – und gerade durch dieses wissenschaftliche Profil unterscheiden sich die Universitäten maßgeblich von den Fachhochschulen – haben zu weltweiten Kooperationsnetzwerken geführt, die

³ Bei den Bestrebungen des Landes Baden-Württemberg, die Mittelbereitstellung leistungsorientiert vorzunehmen, ist einer der Indikatoren die Zahl der ausländischen Studierenden.

durch die Entwicklung entsprechender Rahmenprogramme, beispielsweise auf EU-Ebene, strukturell und institutionell gefördert werden. Die europäische Union hat nach langem zähen Ringen zwischen den Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament vor wenigen Monaten die Grundrichtungen für zukünftige Forschungsschwerpunkte im 5. Forschungsrahmenprogramm verabschiedet.⁴

Ein weiterer, schon seit einigen Jahren zu beobachtender Trend ist die engere Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die an nationalen Grenzen ebenfalls nicht haltmacht. Insbesondere Großforschungseinrichtungen wie beispielsweise das Forschungszentrum in Karlsruhe, daß im hohem Maße international zusammengesetzt ist, zeigen dies. Allein aus dieser sicherlich sehr positiven Entwicklung heraus ergibt sich schon die Notwendigkeit einer gezielten Ausstattung von jungen Nachwuchswissenschaftlern mit den benötigten Kompetenzen, um in einem multikulturellen internationalen Arbeitsumfeld nicht nur „zurecht“ zu kommen, sondern die sich hieraus ergebenden, vielfältigen Chancen optimal nutzen zu können.

Neben der internationalen Kooperation im Bereich der Forschung soll im folgenden das Augenmerk vor allem dem Bereich der Internationalität der Lehre gelten. Insbesondere hier ist die Notwendigkeit zur Entwicklung angemessener struktureller Lösungen, aber vor allem auch zur Formulierung klarer qualitativer Richtungsbestimmung bezüglich der Ausbildungsinhalte, die weit über kurz- und mittelfristige Standorterwägungen hinaus reichen, von drängender Bedeutung. Um dabei nicht der Gefahr einer nationalen Nabelschau zu erliegen, gilt es, zum einen an den deutschen Reformüberlegungen anzuknüpfen, sich darüber hinaus aber auch an dem internationalen Diskurs zu orientieren.

3.1. Die Internationalisierungsdebatte in Bund und Ländern

Die Internationalisierungsdebatte in Bund und Ländern⁵ erhielt neben den oben angeführten Impulsen zusätzlichen Auftrieb; einerseits durch die Warnungen des ehemaligen Außenministers, Dr. Klaus Kinkel, hinsichtlich des weiter absinkenden Interesses von jungen Ausländern, vor allem aus dem asiatischen Raum, einen Studienplatz in Deutschland anzutreten, zum anderen auch durch die bildungspolitischen Ermahnungen des Bundespräsidenten Roman Herzog in seiner Bildungsrede vom November 1997.⁶ Die Standortfrage der deutschen Hochschulen im globalen Wettbewerb bildete sodann einen Kernpunkt in dem Papier „Hochschulen für das 21. Jahrhundert“ des Bundesmi-

⁴ Vgl. hierzu ausführlicher die Mitteilungen der Koordinierungsstelle EG der Wissenschaftsorganisationen kowi-aktuell, No. 40, 15. März 1999.

⁵ Hier können nur einige Beispiele genannt werden, die die Hauptargumentationslinien verdeutlichen. Ein Anspruch auf Vollständigkeit erhebt der Text nicht.

⁶ Roman Herzog: „Aufbruch in der Bildungspolitik“.

nisters für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Dr. Jürgen Rüttgers. In seiner Rede anlässlich des Festaktes „50 Jahre Kultusministerkonferenz“ am 26. Februar 1998 ging Roman Herzog erneut auf die Internationalisierungsthematik ein und forderte die dringende und konsequente Internationalisierung des Bildungswesens:

„Nur so werden wir uns auf allen Ebenen der Gesellschaft in die entstehenden globalen Netzwerke aus Unternehmen, Hochschulen, Kulturinstitutionen, den geistigen und politischen Eliten einklinken können. (...) Unser Bildungssystem muß wieder für die besten Professoren, die besten Lehrer und die besten Studenten aus der ganzen Welt attraktiv werden.“⁷

Der Bund

Die neue Bundesregierung ist mit der erklärten Absicht angetreten, Bildung und Wissenschaft eine zentrale Bedeutung zuzuweisen. Im Abschnitt Innovation und Bildung des Koalitionsvertrages ist zu lesen: *„Innovation, Wissenschaft und Technik sind von zentraler Bedeutung für die künftigen Lebenschancen der Bürgerinnen und Bürger. (...) Die neue Bundesregierung wird der Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik in Deutschland einen herausragenden Stellenwert geben.“⁸* Die Bundesregierung will die Investitionen in Bildung und Forschung in den nächsten fünf Jahren gar verdoppeln.⁹

Bei der weiteren Betrachtung des Koalitionsvertrags der neuen Regierung ist zunächst auffällig, wie wenig der Internationalisierungsprozeß explizit vorkommt. Lediglich in Zusammenhang mit der Frauenförderung, die *„gegebenenfalls auch durch Unterstützung einer europäischen Frauenuniversität“* umgesetzt werden soll und mit dem Satz *„Darüber hinaus wollen wir die Studienbedingungen für die Studierenden verbessern und die Hochschulen international attraktiver machen“* wird das Thema erwähnt. Als zentrale Stichworte werden dagegen die „klassischen“ sozialdemokratischen Themen wie „Bildung für alle“ und „Chancengleichheit“ sowie ökologische Schwerpunkte in der Forschung hervorgehoben. Mit der Herausstellung der Notwendigkeit von Leistungssteigerung, Effizienz und damit einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit, die durch eine umfassende Modernisierung des Dienstrechtes des Hochschulpersonals, Entbürokratisierung und neuen Anreizen für Leistung und Innovation erreicht werden soll, wird an die eingeleitete Reformstrategie von Jürgen Rüttgers angeknüpft, ohne explizit auf den zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruck der Hochschulen hinzuweisen.¹⁰

⁷ Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich des Festaktes „50 Jahre Kultusministerkonferenz“ am 26. Februar 1998; Internet.

⁸ Koalitionsvereinbarung vom 20. 10. 1998.

⁹ Regierungserklärung des Bundeskanzlers.

¹⁰ Vgl. die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 10. 11. 1998.

Aufschlußreicher sind die Stellungnahmen der Fachminister. In der oben genannten Schrift von Jürgen Rüttgers wird die sich wandelnde Ausgangslage und die Problembeschreibung der Hochschulen angesichts globaler Veränderungen in erster Linie unter zwei Aspekten thematisiert. Zum einen wird auf die allgemeine Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft hingewiesen, die neue Kompetenzen, insbesondere hinsichtlich der Erzeugung, Verteilung und Nutzung von Wissen sowie der damit zusammenhängenden Vermittlung von Medienkompetenz erforderlich macht. Zum anderen wird der zunehmende Wettbewerbsdruck des Weltmarktes angesprochen. *„Neben den Wettbewerb der Unternehmen auf dem Weltmarkt ist der Wettbewerb der Standorte getreten. In ihm muß sich Deutschland behaupten“*.¹¹

Unter der Untertitel „Spezialproblem: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Studienstandortes Deutschland ist in Gefahr“ thematisiert Rüttgers das Problem und macht aus seiner Sicht drei Gründe für diese Entwicklung verantwortlich, die in einem engen Bezug zueinander stehen. Mit den Stichwörter Studiendauer, Humboldtsche Tradition und Anerkennungsproblematik sind die Eckpunkte genannt, die auch sein bildungspolitisches Reformvorhaben prägen.

„Die Bedeutung der internationalen Beziehungen der Hochschulen in Lehre, Studium und Forschung steigt. Wir müssen deshalb offen sein für inhaltliche und organisatorische Stärken von Hochschulsystemen unserer Partner bis hin zu der Frage der internationalen Kompatibilität und Transparenz unserer Abschlüsse. Der Bekanntheitsgrad und die Verwertbarkeit des deutschen Diploms sind begrenzt. Das angelsächsische Graduiertenmodell (Bachelor, Master, PhD) ist dagegen allgemein akzeptiert. Den deutschen Hochschulen soll daher die Möglichkeit eröffnet werden, zusätzlich zu den bislang üblichen Graden auch den Bachelor- und Mastergrad zu verleihen“.¹²

Inzwischen sind vielerorts die Universitäten dabei, diese und weitere strukturelle Reformen der Studiengänge, die die Einführung von Bachelor- und Mastergraden, die Ausarbeitung von Credit-Point-Systemen, die zeitliche Strukturierung der Studienabläufe und die Einführung von englischsprachigen Lehrangeboten beinhalten, umzusetzen. Auch in Karlsruhe. Das „für“ und „wieder“, das auf breiter Basis diskutiert worden ist, soll an diese Stelle nicht näher erörtert werden. Für die Zielsetzung der Internationalisierung und für eine Vergleichbarkeit von Bildungsangeboten über nationale Bildungssystemgrenzen hinweg – und dies ist letztlich eine unabdingbare Voraussetzung, um überhaupt eine nachvollziehbare Einschätzung von Bildungsgängen vornehmen zu können – sind diese Maßnahmen aber sicherlich förderlich.

In ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 2.12. 1998 nannte die neue Ministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, die fünf Leitmotive ihrer Politik: Chancengleichheit; Kreativität;

¹¹ Rüttgers, Jürgen: Hochschulen für das 21. Jahrhundert, S. 2 f. Internet.

¹² Ebenda, S. 8

tät durch Eigenverantwortung; Forschung für den Menschen; weltweites nachhaltiges Wachstum und Beschleunigung des Strukturwandels.

Die Förderung von Internationalität und europäischer Ausrichtung erklärt die Ministerin zum Kernbestandteil der Reform des Bildungswesens. Dabei knüpft sie an die bereits eingeleitete Strukturformen an:

„Wir wollen den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland international attraktiver und wettbewerbsfähiger machen. Mit der Möglichkeit, Bachelor- und Mastergrade zu verleihen, haben unsere Hochschulen hierzu jetzt neue Spielräume, die sie bereits aktiv nutzen. Dem gleichen Ziel dient der modellhafte Aufbau internationaler Studiengänge“¹³.

Mit einer weiteren Stoßrichtung deutet sie allerdings eine wichtige Akzentverschiebung an, die - bei entsprechender Umsetzung - geeignet sein könnte, zentrale Defizite der bisherigen Internationalisierungspolitik, die weiter unten besprochen werden, abzubauen:

„Bildungsinhalte und Bildungswege müssen europäischer, müssen internationaler werden. Bildung und Ausbildung können und sollen jedem einzelnen die Chance eröffnen, möglichst frühzeitig Erfahrungen im Umgang mit anderen Sprachen, Kulturen und Mentalitäten zu machen. Wir werden deshalb den Austausch von Studenten, über Europa hinaus auch mit Asien und Lateinamerika, nachhaltig stärken und die Qualifikationsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Ausland verbessern“¹⁴.

Bei ihrem Ansatz handelt es sich um keine radikale Abkehr von der standortzentrierten Politik von Rüttgers. Im Gegenteil: Sie hält ebenso fest an der Notwendigkeit eines „offensiven Marketing für unseren Bildungs- und Forschungsstandort“ sowie an dem Vorhaben einer weitreichenden Reform der inneren Strukturen der Hochschulen. Mit ihrem Konzept stellt sie jedoch den Kulturaustausch mehr in den Mittelpunkt ihrer Politik und bewertet einen anzustrebenden „Transfer über Köpfe“ als wichtige Bereicherung für zukünftige weltweite Beziehungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Die Länder

Für die Landesebene – in unserem Fall Baden-Württemberg – hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg Anfang des Jahres in seinen Mitteilungen die „Internationalen Aspekte des Hochschulstudiums“ in einem statistisch untermauerten Diskussionsbeitrag dargestellt. Hier ist zunächst festzustellen, daß sich die bundesdeutschen Trends des Ausländerstudiums im wesentlichen auch auf der Landesebene wiederfinden, wobei deutlich wird, daß die quantitative Zunahme der ausländischen Studierenden zu einem Großteil auf die wachsende Zahl von Bildungsinländern zurückzu-

¹³ Edelgard Bulmahn, Ministerin für Bildung und Forschung, Rede am 2.12.98 im Deutschen Bundestag, S. 9; Internet.

¹⁴ Ebenda, S. 8.

führen ist. Eine Übersicht der derzeit an den baden-württembergischen Hochschulen angebotenen Studiengängen mit internationaler Ausrichtung sowie deren rasch wachsende Zahl zeigen, daß im Südwesten der Republik eine rege „Internationalisierungsaktivität“ zu verzeichnen ist, ohne daß allerdings bereits abzusehen ist, welche Konsequenzen sich hieraus für die Studiengänge selbst bzw. für das gesamte Bildungssystem ergeben werden.

Ein ganz wesentlicher Nachteil für die deutschen Hochschulen, die von den Universitäten und den Ländern immer wieder konstatiert worden war, liegt in den allgemeinen vorgelagerten Rahmenbedingungen, zu denen Fragestellungen des Aufenthaltsrechts, der studentischen Erwerbstätigkeit, der Nachweis ausreichender Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des besonders problematischen Nachweises über das Vorhandensein ausreichenden Wohnraumes am Studienort noch vor der Einreise gehören, bzw. gehörten. Auf die negativen Auswirkungen dieser Bestimmungen, die Klaus von Trotha als „überflüssige Stolpersteine für ausländische Studierende“ bezeichnete¹⁵, hatten die Länder hingewiesen und eine Reihe von Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Zu der schließlich verabschiedeten Verwaltungsvorschrift zwischen den Innenministerien von Bund und Ländern gab das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg eine Pressemitteilung heraus, in der die verbesserten Rahmenbedingungen für ausländische Studierende und Wissenschaftler als „ganz wesentlich“ bezeichnet werden. Aus dem weiteren Text geht auch hier die Wichtigkeit der Standortargumentation hervor und setzt dies allerdings in Zusammenhang mit der Verbesserung der Berufschancen für junge Deutsche:

„Eine stärkere Präsenz und Akzeptanz der deutschen Hochschulen auf dem globalen Bildungsmarkt verbessere die Berufschancen auch der jungen Deutschen und biete der exportorientierten Wirtschaft wie auch dem Forschungs- und High-Tech-Standort Baden-Württemberg insgesamt neue Möglichkeiten. (...) die neue Regelung verdeutliche, daß die ausländischen Gäste in Deutschland willkommen seien. Weitere Initiativen müßten jedoch folgen, und seien auf Landesebene bereits teilweise verwirklicht. Dazu gehörten Servicepakete zur Betreuung der ausländischen Studierenden, die Einführung international anerkannter und kompatibler Abschlüsse wie Master und Bachelor oder neue internationale Studiengänge mit englischsprachigem Studienangebot.“ (Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg Nr. 147/1998).

In einem Aufsatz zum Thema „Internationalisierung als Gegenstand der Aus- und Weiterbildung an deutschen Hochschulen“ (von TROTHA 1997) werden die Leitbilder der Internationalisierung in der Bildungspolitik in Baden-Württemberg festgehalten. Auch im Land spielen die Zusammenhänge zwischen Bildungsstandort und Wirtschaftsstandort eine wichtige Rolle, wobei klargestellt wird, daß es sich hierbei um die Bereitstellung einer breit angelegten „Internationalen Kompetenz“ handelt. Sie soll eine fundierte Fachausbildung, Fremdsprachenkenntnisse und ein Wissen um kulturelle und gesellschaftliche Besonderheiten bestimmter Wirtschaftsregionen einschließen.

¹⁵ Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg Nr. 147/1998.

Zusätzlich zu der traditionell sehr starken Auslandsorientierung Baden-Württembergs verdichtet das Land seine Bemühungen durch die Unterstützung von Studiengängen mit Doppeldiplomen sowie die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Mit der Revidierung der Beschlußlage zur Führung ausländischer Hochschulgrade hat die Kultusministerkonferenz in diesem Zusammenhang eine weitere Hürde für internationale Hochschulkooperationen abgebaut.¹⁶

3.2. Die Hochschulrektorenkonferenz

Im Anschluß an das 186. HRK-Plenum am 2. November 1998 in Bonn nahm HRK-Präsident, Prof. Dr. Klaus Landfried zu den hochschulpolitischen Vereinbarungen der Koalition Stellung. Viele der im Koalitionsvertrag angesprochenen Einzelmaßnahmen werden begrüßt. Es wird allerdings ein Gesamtkonzept für Strukturverbesserungen und Innovation angemahnt, *„das neben der Frauenförderung auch Internationalisierung, „centers of excellence“, Bibliotheken und Multimedia in den Hochschulen einschließt.“*¹⁷

Auch die hier zum Ausdruck gebrachten Forderungen der Hochschulrektorenkonferenz sind keinesfalls neu und dokumentieren mit Blick auf die stagnierenden Studierendenzahlen ein weiteres Mal den Ruf nach mehr „Attraktivität durch internationale Kompatibilität“¹⁸ der deutschen Hochschulen und ihrer Angebote, die bereits in der Stellungnahme „Internationale Beziehungen der Hochschulen“ vom 1. Juli 1991 durch die HRK deutlich formuliert wurde:

*„Die Hochschulen selbst, aber auch Länder und Bund müssen für die internationalen Hochschulbeziehungen konzeptionell Ansätze entwickeln und Rahmenbedingungen, insbesondere auch finanzieller Art, schaffen, innerhalb derer die Hochschulen autonom und initiativ handeln können. Nur so werden sie auch den weitergehenden politischen Erwartungen gerecht werden können, die sich an neue und erweiterte Austauschbeziehungen, Mobilität und akademische Zusammenarbeit knüpfen.“*¹⁹

Unter dem Titel „Attraktivität durch internationale Kompatibilität“ analysiert der HRK die Ursachen für die mangelnde Attraktivität der deutschen Hochschulen im internationalen Wettbewerb und identifiziert ebenfalls die bereits genannten strukturellen Ursachen. Und auch sie fordert daher eine größerer Kompatibilität des deutschen Studiums mit dem anglo-amerikanischen Studiensystem

¹⁶ KMK-Pressemitteilung vom 7. 5. 1999.

¹⁷ HRK-Pressemitteilung, Bonn, 3. November 1998.

¹⁸ HRK: Attraktivität durch internationale Kompatibilität. Zur Zulassung ausländischer Studierender insbesondere zu Graduierten- und Promotionsstudien. Empfehlungen des 179. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz. Berlin 1996. Dokumente zur Hochschulreform 112/1996.

¹⁹ HRK: Arbeitsbericht 1991, Bonn 1992. S. 43-67.

tem.²⁰ Das HRK-Dokument enthält weitere Empfehlungen, die hier kurz skizziert werden sollen und die insbesondere die Zusammenstellung der Zielgruppen betreffen. Aus Sicht der HRK ist eine generelle Forderung, die deutschen Hochschulen für Studierende aus dem Ausland attraktiver zu machen, zu allgemein. Sie wollen den zu erreichenden Personenkreis weiter spezifizieren. Insgesamt soll die anzustrebende Zahl ca. 10% ohne Bildungsinländer betragen. Bei der Diskussion, aus welchen Herkunftsländern Studierende verstärkt angeworben werden sollen, herrscht bei der HRK eine etwas andere Meinung als die in der öffentlichen, insbesondere von der Politik geführten Diskussion: die Politik fordert verstärkte Bemühungen um Studierende aus wirtschaftlich dynamischen Regionen, insbesondere aus Afrika, Lateinamerika und Asien; auf der Grundlage einer Umfrage bei ihren Mitgliedshochschulen, sieht die HRK dagegen das zukünftige Hauptbetätigungsfeld in der verstärkten Ausbildung von Studierenden aus den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten.²¹ Die Standortargumentation ist hier weniger prominent, wenn auch von der HRK betont wird, daß das Studium von Ausländern an deutschen Hochschulen nicht nur im Interesse der ausländischen Studierenden liegt:

„Ein Ausländerstudium kann aus verschiedenen Gründen sowohl den deutschen Studierenden, den Hochschulen, aber auch der Bundesrepublik Deutschland insgesamt dienen. So stehen zum Beispiel neben den wissenschaftlichen Interessen der Hochschulen die Interessen der Kultur-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik.“²²

Vor diesem Hintergrund wird die Internationalität der Wissenschaft und ihre bildungspolitische Bedeutung Mitte der 90er Jahre durch das Hochschulrahmengesetz (HRG) explizit betont. In § 2 Abs. 6 heißt es: *„Die Hochschulen fördern die internationale, insbesondere die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich und den Austausch zwischen den deutschen und ausländischen Hochschulen; sie berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse ausländischer Studenten.“* Durch die Veränderungen der zwischenstaatlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen wird Internationalität je nach vorherrschender Blickrichtung auf die Herausforderungen entweder als Mittel der auswärtigen Kulturpolitik, der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit oder als Instrument zur ökonomischen Standortstärkung gesehen. Durch den Hinweis, daß die neuen Herausforderungen nur durch die Behebung bisheriger Defizite, Hemmnisse und struktureller Fehlentwicklungen gemeistert werden könnten, machte die Hochschulrektorenkonferenz deutlich, daß alte und neue Ziele in einem gemeinsamen Kontext verfolgt werden müssen (SCHNITZER & SCHRÖDER 1996).

²⁰ HRK: Attraktivität durch internationale Kompatibilität. Zur Zulassung ausländischer Studierender insbesondere zu Graduierten- und Promotionsstudien in Deutschland. Dokumente zur Hochschulreform 112/1996 S.10.

²¹ Ebenda, S. 11.

²² Ebenda.

Hieraus resümierend läßt sich zunächst feststellen, daß eine stärkere Effizienzorientierung im Sinne betriebswirtschaftlicher Kriterien für die Hochschulentwicklung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eigener Bildungsangebote zwar unumgängliche Maßnahmen kommender Hochschulreformen sind, sie allein sind jedoch noch keineswegs hinreichende Kriterien für eine Internationalisierung der Hochschulpolitik. Hiermit sind lediglich notwendige Bedingungen zur besseren Positionierung im internationalen Marktgeschehen genannt, die allerdings noch keine Merkmale einer wissenschaftsinhaltlichen Internationalisierung erkennen lassen, die auf längere Sicht dazu geeignet wären, den deutschen Hochschulen einen höheren Attraktivitätsgrad im internationalen Bildungsmarkt zu sichern. Eine Politik der Internationalisierung der Hochschulen läßt sich nicht ausschließlich auf der strukturellen Ebene bewerkstelligen, so wichtig diese auch ist. Es ist daher notwendig, die angedachten Anreize zur inhaltlichen curricularen Erneuerung mit einzubeziehen, um diese im Rahmen der breiter angelegten Globalisierungsdebatte zu verorten.

4. Globalisierung und die Internationalisierung der Hochschulen

Zu den Defiziten der aktuellen bildungspolitischen Internationalisierungsdebatte gehört ihre mangelnde Einbettung in den allgemeinen Globalisierungsdiskurs, der sich nicht nur auf die Kategorien sozio-ökonomischer Phänomene verkürzen läßt. Globalisierungsprozesse zeitigen ebenso tiefgreifende kulturelle Veränderungen, indem durch eine zunehmende Vernetzung die lokalen Lebenszusammenhänge nachhaltig beeinflußt werden. Mit dem von Roland ROBERTSON (1992) eingeführten Begriff der „Glocalisation“ werden die weitreichenden Effekte der Globalisierung auf lokaler Ebene auf den Punkt gebracht: Unternehmensstrukturen und Kommunikationskulturen „vor Ort“ werden rasch und zunehmend globalisiert, wobei dies keinen Prozeß der Homogenisierung darstellt, sondern dadurch vielmehr auf lokaler Ebene globale Differenzen greifbar werden. Diese Entwicklung bringt hohe Anforderungen im Hinblick auf die Herausbildung adäquater sozialer, kultureller und medialer Kompetenzen mit sich, die gerade im Zeitalter der globalisierten Wissensgesellschaft als die bedeutendsten Schlüsselqualifikationen bezeichnet werden können. Vor diesem Hintergrund erscheint es angebracht, Fragen hinsichtlich der lokalen Dimension des Globalisierungsprozesses in der bildungspolitischen Diskussion zu berücksichtigen.

Aus einer bildungspolitischen Perspektive muß daher die Internationalisierungsdebatte ganz dringlich auf die *lokale* Dimension des Globalisierungsprozesses erweitert werden. Internationalisierung findet „zu Hause“ statt! Sie findet auch ohne individuelle Mobilität und zunehmend als unvermeidlicher Bestandteil persönlicher Biographien statt und erfordert dementsprechende Anpassungsleistungen, um mit einer wachsenden kulturellen Komplexität souverän umgehen zu können. Ebenso

finden Fragestellungen des Kulturaustausches und der kulturellen Verständigung zwischen Europäern und Nicht-Europäern zu wenig Beachtung in der deutschen Diskussion. So wichtig die Ansätze – auch für die eigene Universität – sind, die auf die Vermittlung einer „Europakompetenz“ für Nicht-Europäer setzen, darf nicht übersehen werden, daß der Aufholbedarf in der anderen Richtung meist viel größer ausfällt. Gerade die Erfolge der bildungspolitischen Initiativen auf europäischer Ebene zeigen wichtige Ansätze und Möglichkeiten auf, um die Förderung einer Kulturkompetenz durch Austauschprogramme zu institutionalisieren. Die „*human resources*“ vor Ort werden hierfür jedoch noch viel zu wenig genutzt.

Zusammenfassend ist hier vor allem auf zwei Aspekte des Globalisierungsprozesses hinzuweisen: Erstens muß verdeutlicht werden, daß der fortschreitende Globalisierungsprozeß nicht nur dazu führt, daß heutige Studierende in ihrem zukünftigen Arbeitsleben ausschließlich mit *ökonomischen Folgen* der Globalisierung konfrontiert sein werden, in dem Sinne, daß der internationale Wettbewerb und die Möglichkeit der Verlagerung von Produktion und Dienstleistung größere Anforderungen an ihre Mobilität stellen, als dies bisher üblich war. Globalisierung hat in deren Arbeitsleben insbesondere auch *soziokulturelle Folgen*. Diese bestehen zum einen darin, daß sie in zunehmendem Maße mit anderen, lokalen Kulturen konfrontiert werden, und zwar nicht nur, wenn sie im Ausland arbeiten, sondern durch fortschreitende internationale Vernetzung auch – ob medienvermittelt oder Face-to-Face – am eigenen Arbeitsort. Ein Schlagwort wären hier die sogenannten "dritten Kulturen" innerhalb von global agierenden Unternehmen und der Kontakt mit diesen. Zum anderen hat der fragmentierte Charakter von Information in globalen Medienkulturen auch Auswirkungen auf die Arbeitswelt, indem hier sowohl die Auswahl von relevanten Informationen als auch die Vermittlung von Informationen ein Problem wird. In einer sich auf diese Weise zunehmend *kulturell* globalisierenden Arbeitswelt steigen die Anforderungen an die Sozial-, Medien- und Kulturkompetenz aller am Arbeitsprozeß Beteiligten, wobei es die Aufgabe akademischer Ausbildung sein sollte, Studierenden Hilfen bei der Entwicklung einer solcher Kompetenz anzubieten. Zweitens weisen Ulrich BECK (1997) und Anthony GIDDENS (1997) mit ihren Überlegungen bezogen auf Fragen der akademischen Ausbildung in einer sich globalisierenden Welt auf einen Aspekt hin, der gerade für den Standort einer technischen Hochschule höchst relevant ist, nämlich die Tatsache, daß Experten mit fortschreitenden Globalisierungs- und Modernisierungstendenzen zunehmend damit konfrontiert sind, ihr Expertenwissen auch gegenüber Laien zu kommunizieren, wenn sie sich nicht der Gefahr ausgesetzt sehen wollen, in lokalen Diskursen marginalisiert zu werden. Auch hieraus lassen sich Schlußfolgerungen bezüglich eines Veränderungsdrucks auf die akademische Ausbildung ziehen. Gewiß führt die von GIDDENS skizzierte Situation in einer differenzierten Gesellschaft nicht dahin, daß jeder technische Experte jedem Laien Auskunft zu geben hat. Jedoch besteht sicherlich eine Tendenz dahingehend, daß immer mehr technische Experten gebraucht werden, die eben dazu in der Lage sind. Und hier bestehen zentrale Anforderungen an die akademische Lehre,

nicht nur Fachwissen selbst zu vermitteln, sondern ebenso die Sozialkompetenz, dieses Wissen gegenüber Nicht-Experten zu kommunizieren. Hieraus ergibt sich, daß die erforderliche Kommunikationsfähigkeiten sich zunehmend transdisziplinär und interkulturell gestalten werden.

5. Orientierung an internationalen Leitentwicklungen in der Bildungspolitik

Die Frage nach der „Internationalisierung des Curriculums“ ist erst nach einer gewissen Zeit der Stagnation durch die Länderstudien der OECD²³, in denen die Bildungssysteme der Mitgliedsstaaten der OECD einem systematischen internationalen Vergleich unterzogen wurden, zunehmend wieder in den Mittelpunkt gerückt worden (KEHM 1998). Darüber hinaus finden sich wichtige Anknüpfungspunkte insbesondere in den Ergebnissen der letzten UNESCO Welthochschulkonferenz 1998 in Paris, die in der Verabschiedung der „Welterklärung über Hochschulbildung für das 21. Jahrhundert“ formuliert wurden.²⁴

Wie eng derzeit oft die Diskussion in Deutschland geführt wird, zeigt ein Vergleich der Prioritätensetzungen. Während hier zu Lande strukturelle Reformüberlegungen zur Standortfrage im Mittelpunkt stehen, betont die UNESCO-Erklärung gleich in Art. 1 die „gesellschaftliche Verantwortung der Hochschulen“, indem ihnen neben der Aufgabe zur berufsqualifizierenden Ausbildung primär auch die allgemeine Bildungsfunktion übertragen ist. Daß dabei geistes- und kulturwissenschaftlichen Anteilen in der Bildung und Ausbildung – so wie sie seitens des IAK seit Jahren befürwortet werden – ein besondere Rolle eingeräumt wird, zeigt sich gleich an mehreren Stellen. So betont Art. 1(d) der Erklärung näher, daß eine der wesentlichen Aufgaben der Hochschulbildung darin liege, *„im Geiste des kulturellen Pluralismus und der kulturellen Vielfalt zum Verständnis, zur Erfassung, Erhaltung, Förderung und Verbreitung regionaler, internationaler und historischer Kulturen beizutragen.“* Weiterhin unterstreicht Art. 9 (b, c) die Notwendigkeit des Kompetenzerwerbs innerhalb eines erweiterten Bildungsbegriffs, wenn dort die *„Befähigung zur Kommunikation und zur kreativen, kritischen Analyse, zum unabhängigen Denken und zur Arbeit in multikulturellen Umfeldern“* gefordert wird. Diese Leitlinien einer inhaltlichen Internationalisierung der Bildung greifen die weiter vorn erläuterten gesellschafts- und bildungspolitischen Implikationen der Globalisierung auf.

²³ OECD (Hrsg.): Bildung auf einen Blick OECD-Indikatoren 1998. Paris 1998.

²⁴ Ausführlicher hierzu: Deussen, C.: Herausforderungen an die Hochschulen im 21. Jahrhundert. In: UNESCO heute Nr. 1/1999. S. 4-9; S. 74-84.

Von den Leitbildern zu den Lehrplänen: Wege der Umsetzung

Es stellt sich daher die Frage, wie die inhaltliche Ausgestaltung einer internationalisierten Hochschule also konkreter aussehen könnte und wie sich die anspruchsvollen gesellschaftspolitischen Bildungsziele sich in konkreten Lehrangeboten verankern ließen. Orientierungen liefern auch hier wieder die Leitbilder des Landes Baden-Württemberg:

„Internationalisierung der Studieninhalte ist ein integraler Bestandteil der deutschen Hochschulpolitik. Sie stellt jedes Fach vor besondere Herausforderungen. Während der Kernbestand wissenschaftlicher Fächer in der Regel nicht verändert wird, findet eine auf das Fach bezogen sinnvolle und für spätere berufliche Anforderungen zweckmäßige Ergänzung im Hinblick auf internationale Kompetenzen statt. Derartig ergänzende Studiengänge vermitteln – teils mit Prüfungsrelevanz, teils als weiterführende Angebote – auslands- und europabezogene bzw. international vergleichende Fachkenntnisse und –fähigkeiten, aber auch fachsprachliche Vertiefungen“ (von TROTHA 1997, S. 166).

Theoretische Überlegungen und praktische Umsetzungsvorschläge für die Einbettung der geforderten Lehrangebote hat das Interfakultative Institut für Angewandte Kulturwissenschaft in den vergangenen Jahren mehrfach vorgelegt.²⁵ Leitend für eine curriculare Umsetzung der Bildungsziele erscheinen die zwei Metaprinzipien Interdisziplinarität und Interkulturalität in der Lehre. Auch hier zeigt ein Blick ins Ausland, an welchen Maßstäben es sich zu orientieren gälte, wenn die Umsetzung dieser Prinzipien mehr als nur eine Absichtserklärung sein soll. Wenn die kurze nachfolgende Skizzierung der „internationalen Standards“ sich vor allem auf die Ingenieurwissenschaften bezieht, heißt das nicht, daß die Aussagen nicht auch für andere Wissenschaften gleiche oder ähnliche Geltung haben. Die Fokussierung ist vielmehr der Tatsache geschuldet, daß es sich bei der Universität Karlsruhe in erster Linie um eine Technische Hochschule handelt und eine Zuspitzung auf die Situation vor Ort im Sinne des Titels dieses Bandes angebracht erscheint.

In den USA ist bei akkreditierten ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen ein Minimum von 16 Semesterwochenstunden „Humanities“ im Lehrplan vorgeschrieben. O’Neal (1990) kennzeichnet die Lehranforderungen für die Ingenieurwissenschaften wie folgt:

„There is a growing sentiment in engineering education that the content of humanities and social sciences courses taken by engineers is extremely important for their professional, personal and political development, and that the current arrangements for course selection do not reflect their educational value. (...) Humanities Courses should furnish our students with the opportunities for personal reflection on the communal and personal meanings of the central ideas of culture.“ (O’NEAL 1990, S. 17/18).

²⁵ Vgl. ROBERTSON-WENSAUER C.Y. (1994): Zum Konzept der Angewandten Kulturwissenschaft an einer technischen Hochschule. In: Internationale Vereinigung Sprache und Wirtschaft (Hrsg.) Einheit in Vielfalt – Interkulturalität in Sprache und Wirtschaft. Strasbourg. S. 53-59. ROBERTSON-WENSAUER C.Y. (1996a): Angewandte Kulturwissenschaft. Kulturkompetenz als fächerübergreifende Schlüsselqualifikation. In: M. Fischer, H. Rauhe, A. Wiesand (Hrsg.) Studieren für morgen (I) - Kulturmanagement in Europa. Bonn. S. 112-119.

Im letzten Jahr sind ferner konkrete Projektvorschläge für die Einrichtung neuer Aufbau- und Zusatzstudiengänge, die sich den Metaprinzipien Interdisziplinarität und Interkulturalität verpflichtet fühlen, durch das IAK eingereicht worden (vgl. ROBERTSON-WENSAUER 1996b; 1998).

Unter dem Titel „Globalizing Engineering Education“ stellt GLOWER (1990) eine 18-Punkte-Resolution für die internationale Zusammenarbeit in den Ingenieurwissenschaften vor. Das Ziel ist es, die technische Zusammenarbeit mit Ingenieurschulen vor allem in Entwicklungsländern dahingehend zu verbessern und zu stärken, daß diese Länder in einem eigenständigen technischen Fortschritt unterstützt werden. Zu den Punkten zählen u.a. auch die Förderung der interkulturellen Zusammenarbeit und Erweiterung interkultureller Kompetenzen und lebenslanges Lernen als Kernthema der Ausbildung. (vgl. GLOWER 1990). In Deutschland kommt den ingenieurwissenschaftlichen Studienreformkommissionen eine große Bedeutung in der Rahmensetzung der Ausbildungsinhalte in den verschiedenen ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen zu. Der VDI-Ausschuß ‘Studieninhalte’ empfiehlt einen Anteil von 20% nichttechnischer Fachinhalte, für den in vielen Studiengängen häufig jedoch nicht der notwendige Zeitraum im Lehrplan geschaffen wird (GRÄFEN 1990). Es ist anzunehmen, daß dieser Zustand - der auch Ausdruck des Dilemmas der weiter zunehmenden und auch nicht vermeidbaren Spezialisierung ist - sich nicht allzu schnell beheben läßt, so daß es uns angebracht erscheint nach anderen Wegen zu suchen.

Davon ausgehend, daß es in einem Zeitalter einer zunehmenden Globalisierung nicht ausreicht junge Menschen in ihren jeweiligen Disziplinen fundiert auszubilden, obgleich dies eine Grundvoraussetzung moderner Bildungsstrategien bleiben muß, ist die Konzipierung von weiter ausdifferenzierten Bildungskonzepten notwendig, die diesen veränderten gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht werden. Unter den Stichwörtern „Schlüsselqualifikationen“, „Flexibilität“ und dem von der UNESCO besonders propagierten Ansatz des „lebenslanges Lernens“ gilt es nun, das hohe Ziel einer genuinen Internationalisierung der Universitäten und ihrer Studiengänge zu erreichen. Neben den vielen weiteren Aktivitäten, insbesondere im Bereich der begleitenden Zusatzqualifikationen, die dazu beitragen sollen, bereitet das interfakultative Institut für Angewandte Kulturwissenschaft derzeit einen Aufbaustudiengang „Global Culture and Communication“ vor, der sich besonders an junge Ingenieure, Ökonomen und Naturwissenschaftler richtet. „Campus Internationale“ verdient nach unserer Auffassung erst dann diese Bezeichnung, wenn eine Universität gleichermaßen für ausländische Studierende attraktiv ist und für deutsche Studierende Studienmöglichkeiten anbietet, die eine „echte“ interkulturelle Kompetenz ermöglicht.

6. Resümee

Resümierend läßt sich seitens der Hochschulen folgendes festhalten: Viele der Defizite des Ausländerstudiums sind bekannt. Dies betrifft insbesondere die Strukturen der Studiengänge, die derzeit an vielen Hochschulen durch die Einführung differenzierter Abschlüsse an die Erfordernisse von

internationaler Transparenz und Kompatibilität anknüpfen. Darüber hinaus werden ganz neuartige international ausgerichtete Studienangebote zunehmend eingeführt, die sich erst etablieren und bewähren müssen. Die Probleme einer bisher mangelnden Betreuung ausländischer Studierender und die Notwendigkeit einer Professionalisierung von Marketingstrategien sind erkannt. Die systematische Evaluierung und Bewertung der Erfahrungen an den einzelnen Hochschulen ist jedoch bisher zu wenig berücksichtigt worden, ebenso die Entwicklung geeigneter didaktischer Konzepte für das Lernen im multikulturellen Umfeld. Die in der Politik festgestellte Tendenz, die Internationalisierungsthematik auf strukturelle Fragestellungen und Standortüberlegungen einzuengen, läßt sich auch innerhalb der Hochschulen, wenn auch nicht in gleichem Maße, ebenfalls feststellen. Dies bedeutet keinesfalls, daß Wettbewerbsabwägungen und Standortprofilierungen als falscher Weg zu gelten hätten. Im Gegenteil: sie sind als integraler Bestandteil des Globalisierungsprozesses anzusehen und bringen wichtige Impulse für die Belebung der Universitäten mit sich. In der hochschulinternen Debatte muß allerdings auch festgehalten werden, daß „profilschädigende“ und dennoch vorhandene heikle Probleme wie Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung kaum thematisiert werden. Und wenn doch, dann meist in Bezug auf vorgelagerte Probleme außerhalb des Campus. Bislang bleibt die Fragestellung nach der didaktischen Eignung der deutschen Hochschullehrer für ihre Lehrtätigkeit im „Campus Internationale,, außen vor. Die Fremdenfeindlichkeit, die auch sicherlich bei einer Minderheit der Hochschullehrer zu beobachten ist, bleibt tabu. Diese Feststellung gilt, obgleich es selbstverständlich viele Hochschullehrer mit sehr großer Auslandserfahrung und besten Voraussetzungen für eine internationalisierte Lehre gibt. Auch im Zusammenhang mit der Internationalisierungsdebatte könnte abschließend folgender Satz zutreffen: „Wir wissen, was Not tut, um gute Universitäten herzustellen, zu betreiben, und am Leben zu erhalten. Wir müssen uns nur die Freiheit nehmen, dieses Wissen anzuwenden. Das „nur“ wird die Hochschulpolitik der nächsten Jahre bestimmen“ (DAXNER 1998, S. 45).

Richten wir abschließend noch einmal den Blick auf die lokale und regionale Situation, läßt sich zusammenfassend festhalten, daß die Ausgangsbedingungen für die erfolgreiche weitere Internationalisierung der Fridericiana sehr positiv einzuschätzen sind: die Universität Karlsruhe (TH) hat eine der bundesweit höchsten Ausländerquoten und es besteht eine große Sensibilität für internationale Fragen an der eigenen Hochschule. Dieser Band dokumentiert zum einen die vielfältigen bereits vorhandenen Studiengänge mit internationaler Ausrichtung und gibt zum anderen konkrete Vorschläge für neue Entwicklungsmöglichkeiten. Auf dem Hintergrund des deutlichen Signals der Landesebene, daß die Internationalisierung nicht nur durch strukturelle Maßnahmen, sondern auch durch entsprechende inhaltlich-konzeptionelle Ausrichtungen zu gestalten ist, gilt es nun die bildungspolitischen Herausforderungen der Globalisierung anzunehmen und die vorhandenen Chancen zu nutzen.

7. Literaturverzeichnis

- Baron, B. (1993): Politics of academic mobility in Western Europe. In: Higher Education Policy, 6 Jg., Nr. 3, S. 50-54.
- Beck, U. (1997): Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt a.M.
- Daxner, M. (1998): Die Gute Universität. Eine nicht gehaltene Rede, Oldenburger Universitätsreden Nr. 100. Oldenburg.
- Deussen, C.: Herausforderungen an die Hochschulen im 21. Jahrhundert. In: UNESCO heute Nr. 1/1999. S. 4-9; S. 74-84.
- Frackmann, E. & Weert E. de (1993): Hochschulpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Goedegebuure L. / Kaiser, F. / Maassen, P. / Meek, L. / Vught, v. F./ Weert, E. de (Hrsg.) Hochschulpolitik im internationalen Vergleich. Gütersloh, S. 73-89.
- Giddens, Anthony (1997): Konsequenzen der Moderne. 2. Aufl. Frankfurt a.M.
- Glower, D. D. (1990): Globalizing Engineering Education. In: A. Haug / A. Melezinek / V. K. Schutz (Hrsg.): Ingenieurausbildung 2000 - Engineering Education 2000, Alsbach, S. 155-157.
- Gräfen, H. (1990): Ingenieurausbildung im Wandel der Zeit. In: H. Gräfen (Hrsg.): Die fachübergreifende Qualifikation des Ingenieurs. Düsseldorf. S. 9-24.
- HRK (1996): Attraktivität durch internationale Kompatibilität. Zur Zulassung ausländischer Studierender insbesondere zu Graduierten- und Promotionsstudien. Empfehlungen des 179. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz. Berlin 1996. Dokumente zur Hochschulreform 112/1996.
- Kehm, B. (1998): Verpaßte Internationalisierung? In: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, 48. Jahrgang, 1/98. S. 56-62.
- Lange, J. & Tauch, C. (1998): Bewegung in der Landschaft. In: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, 48. Jahrgang, 1/98. S. 63-65.
- O'Neal, J.B. Jr. (1990): The Humanities in Engineering Education. In: A. Haug / A. Melezinek / V.K. Schutz (Hrsg.): Ingenieurausbildung 2000 - Engineering Education 2000, Alsbach, S. 17-18.
- OECD (Hrsg): Bildung auf einen Blick OECD-Indikatoren 1998. Paris 1998.
- Robertson, R. (1992): Globalization. Social Theory and Global Culture. London.
- Robertson-Wensauer C.Y. (1994): Zum Konzept der Angewandten Kulturwissenschaft an einer technischen Hochschule. In: Internationale Vereinigung Sprache und Wirtschaft (Hrsg.) Einheit in Vielfalt – Interkulturalität in Sprache und Wirtschaft. Strasbourg. S. 53-59.
- Robertson-Wensauer C.Y. (1996a): Angewandte Kulturwissenschaft. Kulturkompetenz als fächerübergreifende Schlüsselqualifikation. In: M. Fischer, H. Rauhe, A. Wiesand (Hrsg.) Studieren für morgen (I) - Kulturmanagement in Europa. Bonn. S. 112-119.
- Robertson-Wensauer C.Y. (1996b): Gutachten zur Leseförderung im Rahmen der Bildungs- und Kulturpolitik des Landes Baden-Württemberg. Karlsruhe.
- Robertson-Wensauer, C. Y. (1998): Wozu Angewandte Kulturwissenschaft an einer technischen Hochschule? Orientierungswissen, Schlüsselqualifikationen und Querschnittskompetenzen als zentrale Kategorien moderner Bildungspolitik. Arbeitspapier des Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft.
- Schnitzer, K. & Schröder, M. (1996): Die wirtschaftliche und soziale Lage der ausländischen Studierenden in Deutschland - Ergebnisse der 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 1996. Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bonn.

-
- Staudt, E. / Kriegesmann, B. (1997): Universitäten als Dienstleister für Innovation. In: Josef Hollerith (Hrsg.): Leistungsfähige Hochschulen - aber wie? Beiträge zur Hochschulstrukturreform. Neuwied, Kriftel, Berlin 1997, S. 73-86.
- Trotha, Klaus von (1997): Internationalisierung als Gegenstand der Aus- und Weiterbildung an deutschen Hochschulen. In: U. Krystek, E. Zur (Hrsg.): Internationalisierung. Eine Herausforderung für die Unternehmensführung. Berlin Heidelberg. S. 159-175.
- Trotha, Klaus von (1999): Internationalisierung des Studienangebotes stellt Weichen für gute wirtschaftliche Entwicklung. In: Europa Magazin. Ausgabe Baden-Württemberg 48. Jg. Nr. 458-9. S. 70 f.
- Wörner, M. (1999): Internationale Aspekte des Hochschulstudiums. In: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Baden-Württemberg in Wort und Zahl 1/99. S. 4-11.